

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 89 Pfg. Vorauszahlung.

Anserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Beilagen kosten 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergehülfe (Anserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 4.

Sonntag, den 25. Januar.

1903.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Die Tabakagrarien im Reichstag.

Es ist ein hübsches Konfessionarium, das am 13. Januar, beim Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen, den Tabak als ausbeutungswürdiges Objekt zollhändlerisch behandelte. Als Agitatoren des Bundes der Landwirte suchten die Abgeordneten Börsche, Schrempf und Lucke den Tabakbauern einzureden, ein noch viel höherer Zoll auf ausländischen Tabak könne den Tabakbauern Schätze einbringen, obgleich diese Agitatoren nichts vom Tabakbau verstehen. Selbst der „Bauer“ Lucke hat in einer Bauernversammlung in Haslach im September 1894 erklärt: „Meine Herren, ich soll hier über den Tabak sprechen. Bevor ich das tue, will ich jedoch als ehrlicher Mensch bekennen, daß ich vom Tabakbau sehr wenig verstehe.“ Wenn nun trotzdem die agrarischen Ausrufer ihre Reden auf die Tabakbauern loslassen, so verfolgen sie damit nur den Zweck, sie für die Wahlen einzulocken. Ob das die Bauern nicht merken sollten? Denn, wenn auch die Schwadronneure des Bundes der Landwirte nichts davon verstehen, daß eine Schädigung der Zigarettenindustrie durch höhere Zölle den deutschen Tabakbauern keine Vorteile bringt, so könnten doch die Bauern selbst diese Erfahrung gemacht haben, nachdem die Hinaufschraubung des Zolls für ausländischen Tabak auf 85 Mk. pro Doppelzentner seit dem Jahre 1879 der Zigarettenindustrie schwere Wunden geschlagen hat. Die einseitige Redensart, daß die Tabakbauern darunter litten, daß die Steuer auf inländischen Tabak von 45 Mk. pro Doppelzentner zu hoch sei im Verhältnis zum Zoll von 85 Mk. und daß darum die Steuer erniedrigt resp. der Zoll erhöht werden müßte, ist noch das einzige Täuschungsmittel, mit dem die Erfahrung aus der Zollkampagne von 1879 totgeschlagen werden soll.

Gelingt das bei den Bauern, nun, so werden sie sich leider weiter mißbrauchen lassen, den Reaktionen des Bundes der Landwirte, den Brotwucherern, Heerfolge zu leisten. Das wird indes auch noch nicht zur stärkeren Zollerpreßung des Tabaks führen, sondern nur einen schärferen Kampf zwischen der Tabakindustrie und ihren Gegnern, den Zollräubern, herausbeschwören. Dessen sind sich die falschen Freunde der Tabakbauern wohl bewußt, aber das macht natürlich ihren demagogischen Wählereien keinen Abbruch. Kommt dann ein Krach, hoffen sie noch besser im Trüben fischen zu können.

Im Reichstage wurden die bündlerischen Landstroläcker diesmal leichtlich abgetan. Man kann diese Art Schreibhülse ohne Glanz kalistellen und das geschah denn auch.

Etwas schärfer wollen schon die Tabakbauern à la v. Heyl aus Storn genommen sein. Freiherr v. Heyl, dessen Aspirationen, seit er geadelt wurde, im Wachsen begriffen sind, wirt sich ebenfalls als Schützer und Freund der Tabakbauern auf und prahlt dabei mit seinen eigenen agrarischen Erfahrungen als Tabakbauer. Denn Herr v. Heyl ist nicht bloß Lederbaron, er, vielmehr die Verwalter seiner Güter, bauen auch Tabak. Der Ertrag aus dieser agrarischen Liebhaberei genügt nun Herrn v. Heyl nicht, er will mehr Gewinn aus seinen Ländereien schlagen und dazu soll ihm die Gesetzgebung helfen. Er verlangt höheren Zoll auf ausländischen Tabak, damit der deutsche Tabak im Preise steige. Deshalb trat er im Reichstag auch so eifrig für diese Forderung ein und sein nationalliberaler Fraktionsgenosse Deinhardt sekundierte ihm. Aber es nützte ihm wenig. Die anmaßenden freiherrlichen Behauptungen stehen auf schwachen Füßen, wie seine Zahlenangaben, die ihm schon oft in der Presse als unrichtig widerlegt worden sind. Das hindert ihn nicht, sie immer wieder vorzutragen, obgleich er wissen müßte, daß die Fachleute, d. h. die Tabakbauern, die Sache besser kennen, als er, der nur aus den Vorträgen seiner Gutsverwalter etwas davon weiß.

Herr v. Heyl behauptet, beim Tabakbau noch Geld zugelegt zu haben, besonders, weil er die Kultur des Tabakbaus zu heben bemüht sei und darum höhere Produktionskosten habe. Nun wurde ihm schon vor ca. 2 Jahren nachgewiesen, daß er 30 Mk. pro Zentner Tabak als Kaufpreis erzielt habe, während die kleinen Tabakbauern nur 24 Mk. erzielen. Die Produktionskosten stellen sich bei letzteren im allgemeinen auf 15 Mk. Es ist also anzunehmen, daß Herr v. Heyl trotz des höheren Preises noch Geld zugelegt habe. Aber er behauptet das frisch von der Leber weg. Da er dasselbe Spiel im Reichstage trieb, wurde sein spekulativer Sinn besonders von den Abgeordneten Frese-Bremen (Freisinnige Vereinigung) und Geher-

Leipzig (Soz.) scharf unter die Lupe genommen. Das geschah natürlich dem agrarischen Freiherrn nicht und er schimpfte wie ein Rohrspatz auf die böse Presse, speziell die Süddeutsche Tabakzeitung, die seinerzeit die agrarischen Mätzchen Heyls aufgedeckt hatte. Schimpfen nützt aber nichts!

Hätten sich die Agrarien auf die zur Beratung stehende Resolution der Zollkommission beschränkt, die steuertechnische Erleichterungen für den inländischen Tabakbau verlangt, so wäre die Kontroverse unterblieben; aber der agrarischen Unversöhnlichkeit gegenüber, die dazu noch höheren Zoll forderte, war eine gründliche Abfertigung am Platze, die denn auch herzhast angebracht wurde.

Von sozialdemokratischer Seite beteiligten sich an der Debatte die Abg. Ehrhardt, Geher, Mollenhuth und v. Elm. Geher wies speziell noch auf die Unzuverlässigkeit von Regierungsaussagen hin. In der Zollkommission habe der stellvertretende Reichskanzler, Graf Bosadomsky eine feierliche Erklärung abgegeben, daß die Regierung an eine höhere Belastung des Tabaks nicht denke, und wenige Wochen später habe der Schatzsekretär v. Thielmann im Plenum des Reichstags trotzdem wieder eine höhere Besteuerung des Tabaks in Aussicht gestellt. Wenn solle man da noch glauben?

Wenn dergleichen vom Regierungstisch aus geschieht, ist es wahrlich kein Wunder, wenn die Agrarien die Beunruhigung der Tabakindustrie noch weiter treiben.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen — es hätte also des Streites nicht bedurft, wenn ihn nicht die Begehrlichkeit der Agrarien vom Zaun gebrochen hätte — nun mag die Regierung sehen, wie sie die Tabakbauern durch die Befolgung der Forderungen des Reichstags berubigt. Der Kampf um höheren Tabakzoll ist damit nicht ausgeschlossen, denn Regierung und Agrarien können die Zeit nicht erwarten, wo der Tabak mehr für die Reichskasse einbringt.

Das mag sich die Tabakindustrie bei den Reichstagswahlen immer vor Augen halten.

Obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung oder Zuschuldfasse?

Die am 23. März stattfindende Generalversammlung wird unter anderem darüber zu beschließen haben, was von beiden am notwendigsten ist, um die wirtschaftliche Lage der Mitglieder zu heben und die noch abseits stehenden Kollegen und Kolleginnen zum Eintritt in den Verband zu gewinnen. Ich bin prinzipieller Gegner der obligatorischen Einführung der Zuschuldfasse. Durch das Reichskrankenkassengesetz sind wir gegen Krankheit versichert. Daß daselbe noch viel zu wünschen übrig läßt, will ich nicht bestreiten. Es ist aber nun Pflicht der organisierten Arbeiter, außerhalb des Verbandes für den Ausbau desselben zu sorgen. Für eine einmalige Wöchnerinnenunterstützung, die nach einjähriger Mitgliedschaft bez. nach Entrichtung von 52 Kassenbeiträgen ausbezahlt wird und von Jahr zu Jahr bis zu 5 Jahren sich steigert, bin ich zu haben. Damit ist für mich die Sache abgetan. Nun zur Reorganisation unseres Verbandes. Die Notwendigkeit erkenne ich voll und ganz an. Da stünde nun in erster Linie die obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Richtig war es, daß selbige auf der letzten Generalversammlung abgelehnt wurde. Dies geschah einerseits, weil wir vor der Tür des wirtschaftlichen Niederganges standen und andererseits aus finanziellen Gründen. Ohne eine Erhöhung der Beiträge um 10 Pfg. in allen Klassen wird es wohl nicht abgehen. Ich bedaure nur, daß vor 3 Jahren in Mainz nicht beschlossen wurde, den 14. Wochenbeitrag zu erheben und daraus einen Fond zur Arbeitslosenunterstützung zu gründen. Daß nur die Mitglieder in den Großstädten davon Nutzen haben, mit solchen Präzedenzen wird man wohl der obligatorischen Einführung nicht mehr entgegen treten. Auch wäre das kein gutes Zeugnis von Solidarität unter den Mitgliedern des deutschen Tabakarbeiterverbandes. Die Erhöhung der Beiträge darf uns ebenfalls nicht daran hindern. Wieviel wird uns durch indirekte und direkte Steuern genommen! Und in welcher Weise diese Steuern erhöht und unsere Lebenslage herabgedrückt werden soll, das zeigt uns so recht drastisch die Annahme des Zolltarifs. Dazu nun noch die neue Beunruhigung bezüglich der Erhöhung der Tabaksteuer. Und so denke ich, daß wir auch das Opfer, den Mehrbeitrag, bringen müssen, um unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern. Nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den Provinzialstädten haben wir Arbeitslose, das haben wir erst kürzlich in Birnbaum erlebt. Für die weiblichen Mitglieder wäre die Arbeitslosenunterstützung sehr wünschenswert. Führen wir dieselbe ein, so stellen wir uns auf den Boden des Abf. 5 der auf dem Gemeindefestkongreß zu Stuttgart angenommenen Resolution zur Arbeitslosenversicherung. Viel hat wurde dadurch gelindert.

In zweiter Linie müßte die Agitation eine intensivere sein, als sie bisher gewesen ist. Auf der letzten Generalversammlung wurde die Tätigkeit der Vorortkommissionen bemängelt bezw. für überflüssig gehalten. Das trifft zu. Und zwar, weil selbige nur auf dem Papier standen. Sollten die Kommissionen von Nutzen sein, so müßten in der Zwischenzeit, von einer General-

versammlung zur andern, Bezirkskonferenzen stattfinden. Geben wir doch die Vorortkommissionen ganz auf. An deren Stelle teilen wir den Verband in drei Gauen ein. Für jeden Gau ist ein bejubelter Beamter anzustellen. Ihm liegt die Pflicht ob, agitatorisch in seinem Gau tätig zu sein und auf seiner Agitationsreise bei den örtlichen Verwaltungen eine Revision vorzunehmen. Nicht nur für die indifferenten Kollegen, sondern auch für die Mitglieder ist es von großer Notwendigkeit, daß in den einzelnen Gaustellen öfters Vorträge über den Zweck und Nutzen des Verbandes resp. über die gesamte Arbeiterbewegung gehalten werden. Nicht nur daß die Kollegen dem Verband beitreten und auf Grund dessen die Ertragschaften der Kollegen an andern Orten für sich in Anspruch nehmen, sondern sie müssen dazu angehalten werden, Schritte zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzunehmen. Was nützt es, wenn wie in Schwiebus, Jüllichau, Schwerin, Schönlanke, Jastrów zc. trotz langjähriger Organisation in den Lohnverhältnissen keine Besserung, eher noch eine Verschlechterung eintritt. Die Kollegen sind gar nicht genügend vorgebildet, um die günstige Gelegenheit zur Verbesserung der örtlichen Verhältnisse wahrzunehmen. Dort wird der Verband nur als Versicherungsanstalt betrachtet. Das hat der Streik in Schwiebus gezeigt. Die einheimischen Kollegen, die in der Fremde waren, kamen schleunigst zurück und traten während des Streiks bei der Firma Minke in Arbeit, auch von Fabriken am Orte selbst. Also, Belehrung tut not!

Ferner muß der Lehrlingszucht, die gerade in den genannten Orten auf das kräftigste betrieben wird, zu Leibe gerückt werden. Die Lohnstatistik muß ebenfalls mehr gepflegt werden. Die durch die erbärmlichen niedrigen Löhne entstehende Schmutzkonkurrenz muß durch einheitliche Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse beseitigt werden.

Oft genug müssen sich die Kollegen dort, wo schon besserer Lohn gezahlt wird und sie noch mehr erringen wollen, vom Fabrikanten auf die niedrigen Löhne der Nachbarorte hinweisen lassen, mit dem Bemerkten: „Ja, wenn dort mehr gezahlt wird, dann bin ich nicht abgeneigt, was zuzulegen.“ Das trifft auch für Birnbaum zu.

Das wäre so meine Ansicht über die Reorganisation unseres Verbandes, von der ich mir Nutzen verspreche. Öffentlich bleibt sie nicht unerwogen.

Nicht eine Versicherungsanstalt wollen wir, sondern eine bahnbrechende Kampfesorganisation soll und muß der Deutsche Tabakarbeiterverband bleiben. Sonst entfernen wir uns von dem Boden der modernen Arbeiterbewegung.

Birnbaum. Gustav Rimmergut.

Zur bevorstehenden Generalversammlung.

Wie es den Anschein hat, dürfte nach den Debatten im Tabak-Arbeiter die Generalversammlung recht interessant und lebhaft werden. Es wird wohl auch heftige, persönliche Auseinandersetzungen geben. In letzter Zeit ist sehr viel von den Sünden des Vorstandes gesprochen worden. Ich bin aber der letzte, welcher in den Chorus mit einstimmt. In dem Verhalten des Vorstandes kontra Zentralkasse kann ich nur die vollständige Wahrung der Verbandsinteressen erblicken. Die Mißbilligungsresolution in Mannheim war überflüssig, schon in Anbetracht des Begräbnisses der Kasse. Bei voller Anerkennung ihrer Leistungen in der Zeit ihres Bestehens, war ich doch schon lange der Meinung, daß sie keine Zukunft mehr habe. So wird es auch mit der neugegründeten Zuschuldfasse der Fall sein. Am besten ist es aber, im Interesse des Friedens, man läßt ihr ihre Existenz und ihr „großes“ Vermögen. Der obligatorischen Einführung der Verbandszuschuldfasse stimme ich ab und muß ich als Gewerkschaftler zustimmen, weil ich einsehe, daß es eine moderne Einrichtung ist, durch die der Verband nur Nutzen haben kann.

Eine gleich wichtige Frage wird hoffentlich wieder die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sein. Erfreulicherweise hat sich ja die Minorität von Nordhausen bis Mainz bedeutend vergrößert. Gerade jetzt in der Krisenzeit können wir sehen, wie organisierte Arbeiter durch die Arbeitslosenunterstützung vor der totalen Verumpfung geschützt werden. Man denke bloß an die Not der vielen Metallarbeiterfamilien. Auch komme man nicht mit Redensarten: Unser Verband ist keine Versicherungsanstalt zc. Ebenso leidet der Kampfescharakter der Organisation dadurch nicht. Wo bleibt denn der Kampfescharakter in der Krisenzeit? Da kommen Abzüge über Abzüge und der Arbeiter ist oft gezwungen, sie hinzunehmen um des lieben Brotes willen.

Freilich wird eine Beitragserhöhung nötig sein. Aber wenn man sagt: Wir können das unsern Mitgliedern nicht zumuten, im Prinzip haben wir nichts dagegen — so muß ich bemerken, daß man doch wenigstens einen probeweisen Versuch machen sollte. Die größeren Verbände, welche die Arbeitslosenunterstützung in den letzten Jahren eingeführt, sind dabei nicht schlecht gefahren, das ist statistisch bewiesen. Ich denke, daß wir dadurch einen stabileren Mitgliederbestand bekommen, und es würde sich die enorme Fluktuation in unserm Verbands verlieren. Machen wir unsern Verband kräftig, dann sind auch wir stark. Scheuen wir nicht die kleine eventuelle Beitragserhöhung. Darum, Kollegen und Kolleginnen, wählt Delegierte, welche für Arbeitslosenunterstützung eintreten. Es ist durchaus nicht nötig, daß, wenn ein Kollege schon zwanzigmal auf der Generalversammlung war, er das einundzwanzigste Mal auch da sein muß.

Bernburg, Januar 1903. Karl Jarosch.

Zur Kranken- und Arbeitslosen-Versicherung.

In letzter Zeit wurde bekanntlich alles aufgegeben, um, wie es scheint, das Beste des Verbandes im Auge zu behalten. Der Beweggrund mag aber vielleicht dabei mitgewirkt haben, aus dem Schiffsbruch der Zentralkasse zu retten, was zu retten ist. Wir hätten dagegen nichts einzutenden, wenn nicht dabei in oft unerhörter Weise der Verband und seine Leitung angegriffen worden wären; sie sollen zu Gunsten einer großen Zahl Nichtorganisierter

auf das verzichten, was den Mitgliedern des Verbands nur zum Nutzen gereichen kann. Es klingt doch sonderbar, wenn z. B. G. B. im Tabak-Arbeiter Nr. 2 dem Verband empfiehlt, trotz Unabstimmung mit der obligatorischen Einführung der Zuschusskasse zu warten, bis die Zentralkasse ihr Schächeln im Trocknen habe, pardon: bis — nach der nächsten Generalversammlung der Zentralkasse. Also, der Verband soll sich nach dieser richten. In dessen war in fast jedem Artikel, der seinerzeit der Selbständigkeit der Zentralkasse das Wort redete, als Haupttrumpf das Argument enthalten, man müsse die Selbständigkeit schon aus Rücksicht auf die Nichtorganisierten wünschen. Es klingt doch komisch, der Verband soll sich nach der Zentralkasse richten und diese nach dem großen Teil ihrer gewerkschaftlich nicht organisierten Mitglieder. Und weil der Vorstand das nicht tut, dafür wird er von Kollegen, die doch organisiert und überzeugte Gewerkschaftler sein wollen, bestraft. Die Unabstimmung bewies aber, daß der Vorstand im Sinne der Mehrzahl der Mitglieder gehandelt hat. Die obligatorische Zuschusskasse wird viel dazu beitragen, den fortwährenden Mitgliederwechsel einzudämmen. Für Abhilfe des letzteren Uebelstands wurde schon öfters die Einführung der Arbeitslosenunterstützung als Allheilmittel empfohlen. Ich gehe aber, seit ich den Artikel N. v. Elms gelesen habe, ist mir diese weit bedenkllicher, wie vorher, vorgekommen. Er redet darin der obligatorischen Einführung das Wort und gibt dabei zu, daß die fakultative Versicherung Risiko machen würde.

Also, die Anhänger derselben, zum größten Teil die bessergestellten Arbeiter der Städte, können diese allein nicht halten, sie brauchen dazu die Hilfe der meistens schlechter gestellten ländlichen Arbeiter. Freilich, wenn ich das schreibe, gelte ich als dumme Schwabe; wurde ja dem Vorstand sogar nur so „Rückständigkeit“ und andre schöne Dinge an den Kopf geworfen, weil die Arbeitslosenversicherung vielleicht nicht mit ihm geboren wurde. Das Obligatorium der Zuschusskasse ebnet nach meiner Ansicht der, ebenfalls obligatorischen, Einführung der Arbeitslosenversicherung den Weg, nur möchte ich wünschen, daß ersteres sich zuvor erledigt hat, und dann, um sicher zu gehen, ebenfalls der Weg der Abschaffung eingeschlagen würde.

Schorndorf (Württemberg). G. Klinger.

Kantonaler Arbeiterschutz.

In der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung der Berner Hochschule referierte Nationalrat Dr. C. Hofmann über: Die Entwicklung des kantonalen Arbeiterschutzes mit besonderer Berücksichtigung des Berner Entwurfs. Das Thurgauer Tageblatt berichtet darüber folgendes:

„Von Anfang an war der Geltungsbereich des eidgenössischen Fabrikgesetzes ein beschränkter und es mußte getrachtet werden, für die dem eidgenössischen Gesetz nicht unterstellten Arbeiterkategorien durch kantonale Schutzbestimmungen zu sorgen. Im günstigsten Lichte hinsichtlich des Arbeiterschutzes steht der Kanton Baselstadt, wofolbst der Industrielle Sarasin-Stehlin im Jahre 1882 im Großen Räte den Entwurf zu einem Arbeitersinnenschutzgesetz einbrachte, das angenommen und später erweitert wurde. Das Beispiel des Kantons Baselstadt blieb, wenn man von dem nach Umfang und Tendenz sehr engbeschränkten Arbeiterschutzgesetz von Nidwalden absieht, bis Anfang der neunziger Jahre ohne Nachfolger. Erst als der Kanton Glarus im Jahre 1892 mit seinem Arbeiterschutzgesetz den Bann gebrochen, erließen auch die Kantone Zürich, Solothurn, Luzern, Neuenburg Arbeiterinnenschutzgesetze. Dann trat ein gewisser Stillstand ein. Es folgten noch mit Gesetzen Genf, Waadt, Fribourg und Argau. Die genannte Erklärungs machte sich in einer sehr laxen Handhabung der bestehenden Gesetze und in dem Stillstande auf dem Gebiete der Gesetzgebung bemerkbar.

Betreffend den Vollzug der Gesetze unterscheiden wir hauptsächlich drei Arten: 1. Solche Kantone, wo der Vollzug vollständig ruht (Glarus) oder bloß bei gewissen Anlässen funktioniert (Nidwalden); 2. Kantone, wo sich der Arbeiterschutz hauptsächlich auf die Städte beschränkt; 3. vollständiger Vollzug des Gesetzes ist in einem einzigen Kanton zu finden: es ist dies Baselstadt. Am meisten schuld an diesen Enttäuschungen der Arbeiterschuttfreunde trägt die milde Strafpraxis. Die Berichte der Kantonsregierungen über den Vollzug der Gesetze sind sehr mangelhaft. Gewerbeinspektorate dürften hier Wandel schaffen. Der Referent kam noch zu sprechen auf den Normalarbeitstag, den Kinderschutz, das Verhältnis der Schule zu armen Kindern, die neben der Schule anstrengender Arbeit obliegen müssen, über den Arbeitstag der Fortbildungsschüler, die Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes, die Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung in der Zukunft und den neuen Berner Entwurf, den er einer sehr lobenden Besprechung unterwarf und der ihm als ein bedeutender Fortschritt auf dem Gebiete des kantonalen Arbeiterschutzes erscheint.

Rundschau.

Der Reichsschatzsekretär v. Thielmann scheint dazu aussersehen zu sein, durch entgegengesetzte Erklärungen gewisse Aussagen seiner Kollegen, der Staatssekretäre, ja selbst des Reichskanzlers zu desavouieren. So war es bei der Zuckersteuer, so bezüglich des Tabakzolls — und nun hat er am 17. Januar im Reichstag das Gegenteil von dem gesagt, was der Reichskanzler vor Weihnachten über den Minimalzoll auf Malzgerste erklärte. Der Begriff Malzgerste sollte technisch klar gestellt werden, damit der Unterschied zur Futtergerste feststehe, die um der Kleinbauern willen nicht verteuert werden sollte. Der Reichskanzler gab die Durchführbarkeit der technischen Unterscheidung zu, während der Schatzsekretär am 17. Januar rund und nett erklärte, daß Futtergerste bei Handelsverträgen billiger tarifiert werden solle, als andre Gerste, davon sage weder der Tarif noch das Gesetz etwas. Der Abg. Wurm konstatierte dieses Ergebnis des Zollkompromisses und sagte, die deutschen Kleinbauern seien auch mit dieser angeblichen Konzession schmächtig hinter das Licht geführt worden. So stellt sich immer deutlicher heraus, daß die Zollparteien einen unerhörten Betrug am Volke verüben zur Bereicherung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten.

Arbeiter im Gewerbeaufsichtsdienst. Der hiesige Gewerbeinspektor Löffler tritt in der Sozialen Praxis für die Heranziehung von Arbeitern zum Gewerbeaufsichtsdienst ein, er sagt u. a.:

„Das Kinderschutzgesetz, das demnächst in den gesetzgebenden Körperschaften zur Erledigung gelangen wird, sieht in seinem Wortlaut vor, daß die Ueberwachung der Bestimmungen ganz oder teilweise den im § 139b der Gewerbeordnung genannten Beamten übertragen werde. Die Gewerbeaufsichtsbeamten und

mit ihnen die einzelstaatlichen Behörden des Gewerbeaufsichtsdienstes werden bei Durchführung dieser ihnen übertragenen Funktionen nun der Hilfe der Lehrer, der Hilfe der Ärzte und in sehr vielen Fällen wohl auch der Unterstützung der Polizeibehörden nicht entzogen können. Aber noch eine andere Hilfe wird schwerlich entbehrt werden können und das ist die Mitwirkung der Arbeiter. Nicht, wie es bisher schon geschehen ist, die Mitwirkung der Arbeiter bei Feststellung von Gesetzesübertretungen, bei Zuwiderhandlungen gegen behördliche Bestimmungen und bei Anzeige dieser Fälle, sondern die Mitarbeit bei der gesetzlichen Ueberwachung wird sich nicht mehr von der Hand weisen lassen.“

Geistliche Feinde der Arbeiterbewegung. Das Sauerland, der südwestliche Teil Westfalens, ist noch immer einer der fegneten Landstriche, wo der Geistliche fast unbeschränkt über die Gemeindefassen herrscht, fintelmalen nur wenig „Keter“, fast nur „Rechtgläubige“ dort hausen. Hier hatte der wegen seiner Selbständigkeit von den Ueberchristen in Acht und Bann erklärte Führer der christlichen Metallarbeiter, Wieber, einen gewissen Anhang gewonnen, und auch die Pfarrer waren früher für ihn tätig gewesen. Jetzt hat sich das Blatt gewendet. Das Wieberische Organ berichtet aus einem sauerländischen Orte, der Pfarrer habe kurzerhand die Zahlstelle des Wieber-Verbands aufgelöst, der Agitator des Verbands aus den heiligen Hallen der Gemeinde verwiesen und die frühere Wieberische Ortsgruppe dem neuen, gegen Wieber gegründeten Metall- und Hüttenarbeiterverband angegliedert. Das lassen wir uns gefallen, das ist doch wenigstens noch resolut und zeugt für den stummen Gehorsam der sauerländischen Metallarbeiter gegenüber ihren Pfarrern. Aber nun komme noch einmal ein Mensch her und behaupte, in den christlichen Gewerkevereinen bestimmten Nichtarbeiter! Auch nicht übel ging es an einem andern sauerländischen Orte zu. Hier hatte der Hirsch-Dundersche Bergarbeiter-Gewerkeverein eine Ortsgruppe gebildet. Als nun eine Versammlung arrangiert war, kam auch der Herr Pfarrer und erklärte, daß es mit der Vereinsgründung nicht richtig zugeing. „Warum hat man mich nicht gefragt? Man hat doch auch sonst noch was zu sagen, als auf der Kanzel.“ Diese göttliche Aufrichtigkeit kennzeichnet die Ansprüche der Kleriker. Und richtig — auch dieser Pfarrer brachte die nicht von ihm genehmigte Ortsgruppe zur Auflösung! O du glückliches Sauerland! O über die Zümmlichkeit der Arbeiter! Wie würde sich ein Unternehmerverein benehmen, wenn der Pfarrer verlangte, der Verein sollte wollen, wie der Pfarrer will?

Eine Wohnungsbeschäftigung ist durch eine städtische Kommission in Frankfurt a. d. D. vorgenommen worden. Die Kommission hat 140 Wohnungen speziell in Arbeitervierteln besichtigt und berichtet den städtischen Kollegen, daß von den besichtigten Wohnungen 15 zum Aufenthalt für Menschen völlig untauglich waren, während eine größere Anzahl den polizeilichen Vorschriften nicht entsprach. Der Bericht erkennt ferner an, daß unter Umständen und je nach dem angelegten Maßstab sogar alle besichtigten Wohnstätten Mängel aufwiesen. Von einer akuten Wohnungsnot aber könne keine Rede sein. Es scheint uns schon Wohnungsnot genug, wenn sich alle besichtigten Wohnungen als mangelhaft erweisen.

Tabakstatistik. Das vierte Vierteljahreshft zur Statistik des deutschen Reiches, Jahrgang 1902, enthält unter anderem eine Statistik über die Tabakernie und Tabakbesteuerung im deutschen Zollgebiete für das Erntejahr 1901 (1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902) nebst einigen vergleichenden Zusammenstellungen für die letzten zehn Erntejahre. Im Anschluß daran werden vorläufige Nachweise über den Tabakanbau im Jahre 1902 veröffentlicht. — Mit Tabak bebaut wurden im Erntejahre 1901 innerhalb des Zollgebiets 16963 ha (1900 14751, 1898 17652 ha). Die Ernte an trockenen dachreifen Tabakblättern betrug 40013 t (1900 34790, 1898 32559), so daß auf 1 ha der abgerernteten Fläche durchschnittlich 23,6 dz Tabakblätter, ebenso viel wie im Vorjahre, entfallen und der zehnjährige Durchschnittsertrag von 21,5 dz nicht unerheblich übertraffen wird. Die Preise dagegen, welche von den Pflanzern erzielt wurden, blieben im allgemeinen etwas unter den vorjährigen. Als mittlerer Preis einschließlich der Steuer für 1 dz wurden durchschnittlich 85,4 Mk. ermittelt (1900 89,1, 1898 75,3). Die Tabakernie des Jahres 1901 ist nach Menge und Beschaffenheit im allgemeinen als gute Mittelernte, in vielen Bezirken als gut und teilweise sogar als sehr gut zu bezeichnen, obwohl sie an Qualität hinter der vorjährigen Ernte etwas zurückstand. Die Tabaksteuer hat im Erntejahre 1901 einen Ertrag von 13,1 Mill. Mark, der Eingangszoll von Tabak 53,9 Millionen Mark ergeben. Nach Abzug der gezahlten Abfuhrvergütung verblieb eine Nettoeinnahme von 66,6 Mill. Mark, das ist 1,6 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung. — Der Verbrauch von Rohtabak und Fabrikaten, umgerechnet in fabriktionsreifen Rohtabak, berechnet sich für den Durchschnitt der letzten sechs Jahre auf 1,62 kg auf den Kopf.

Gleiches Recht für Alle. In dem neuen Statut für die Tabak-Vereinsgenossenschaft finden sich folgende für sich selbst sprechende Bestimmungen über die Reisekosten und Tagegelder der Vertreter bei eventuellen Reisen. Es erhalten:

- | | |
|---|--|
| a) Vertreter der Unternehmer: | b) Vertreter der Arbeiter: |
| 1. bei Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen Rückfahrkarte 1. Klasse, sowie für jeden Zu- und Abgang 3 Mk.; | 1. bei Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen Rückfahrkarte 2. Klasse; |
| 2. bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können, pro Kilometer 60 Pfg.; | 2. bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können, pro Kilometer 15 Pfg.; |
| 3. für Wohnung und Zehrungskosten pro Tag 10 Mk., über 50 Kilometer weite Reisen pro Tag 15 Mk. | 3. für Zehrungskosten für den halben Tag 1 Mk., für den ganzen Tag 2 Mk., für Uebernachten 3 Mk., außerdem Ertrag für entgangenen Arbeitsverdienst mindestens 2 Mk. täglich. |

Kommentar überflüssig.

Ein „unerhörtes Ereignis“! Ein Privattelegramm meldet dem Berliner Tageblatt aus Rom wörtlich vom 7. Januar: „Seute ist das unerhörte, tragikomische Ereignis geschehen, daß das amtliche Organ des Vatikans, der Osservatore, wegen eines Streiks seiner Seher nicht erscheinen konnte. Trotz aller Bemühungen der maßgebenden vatikanischen Kreise ist es bisher nicht gelungen, den seltsamen Zustand beizulegen. Der Grund des Streiks scheint in einer finanziellen Benachteiligung der Arbeiter zu liegen.“

Und das soll ein „unerhörtes“ Ereignis sein? Wenn das Organ des Papstes die Seher nicht anständig bezahlt, muß es eben auch die Folgen tragen!

Mit dem Achtstundentag hat die französische Staatsverwaltung gute Erfahrungen gemacht. Am 16. September 1899 führte ihn Millerand versuchsweise bei den Postwerkstätten am Boulevard Brune in Paris ein, dehnte ihn dann auf andere Postbetriebe aus und immer wieder wurde die Erfahrung gemacht, daß die Arbeitsleistung trotz der kürzeren Arbeitszeit ziemlich dieselbe geblieben war. Am 1. November v. J. hat der Marineminister den Achtstundentag in den Artilleriewerkstätten zu Toulon und Vorient versuchsweise eingeführt, und nun fordern auch die Arbeiter und Beamten der Zentralmagazine

des Kriegsministeriums dieselbe Vergünstigung. Kriegsminister André hat ihnen eine günstige Antwort erteilt, indem er die Erwägung der Frage mit dem Bemerkten zusicherte, er sei selber Anhänger des Achtstundentags. Im nächsten Jahrhundert wird man vielleicht auch in Deutschland so weit sein.

Weibliche Fabrikaufsicht in Dänemark. Vom 1. Januar 1903 ab hat die Direktion der Arbeits- und Fabrikaufsicht in Dänemark der Fabrikinspektorin die Kontrolle in den Kreisen in- und außerhalb Kopenhagen über die Nähstuben, Wäschereien und Plättereien, sowie über die Trikotagefabriken, in denen überwiegend oder ausschließlich weibliche Arbeitskräfte tätig sind, übertragen; jedoch mit der Einschränkung, daß die Aufsicht über die maschinellen Einrichtungen nach wie vor von dem technisch gebildeten Inspektor ausgeübt wird.

Gewerkschaftliches.

Blumental. Wir eruchen die durchreisenden Kollegen, welche gesonnen sind, in Blumental in Arbeit zu treten, sich vorher bei dem 1. Bevollmächtigten D. Süßmann in Warstuth oder bei Otto Schmidt in Blumental, Feldstraße 204, erkundigen zu wollen. Die Arbeiter der Firma Wessel stellten infolge Lohnabzug die Arbeit ein.

Duisburg. Achtung, Rautabafarbeiter! Alle Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich in ihrem eigenen Interesse vorher beim 1. Bevollmächtigten Johann Bemelaar, Duisburg, Neudorfer Str. 125, erkundigen.

Düsseldorf. Diejenigen Mitglieder, welche hier in Arbeit zu treten beabsichtigen, werden laut Beschluß der hiesigen Mitgliederversammlung ersucht, sich vorher mit dem 1. Bevollmächtigten Josef Leuther, Ratinger Straße 19, II. in Verbindung zu setzen.

Emmerich. Nach der Firma Gebr. Klassen ist Zugang streng fernzuhalten, da hier Lohnunterschiede herrschen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Gotha. Bei der Firma Scheiding bestehen Lohnunterschiede. Zugang ist fern zu halten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Greiffenberg. Wegen Maßregelungen, die die Firma Gollez vornahm, ist der Zugang nach dort fernzuhalten.

Hannover. Bei der Firma Bruns u. Söhne (Zuh.: Winkelhof) in Wülfel (Rautabafabrik) bestehen Differenzen. Die Kollegen wollen dies beachten und dementsprechend handeln. Auskunft erteilt Adolf Grethe, Hannover, Lange Str. 2.

Hildesheim. Die Arbeiter der Firma Cronau in Emmerke wurden entlassen, weil sie sich erlaubten, bessere Kost und Logis zu verlangen und die bundesrätlichen Bestimmungen innegehalten wissen wollten. Zugang ist fernzuhalten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Achtung, Jüterbog! Allediejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche willens sind, hier in Arbeit zu treten, werden ersucht, erst Erkundigungen beim 1. Bev. H. Werner, Grünfr. 11a, einzuziehen. Ueber die Fabrik von Reittig ist die Sperre verhängt.

Kiel. Die Kollegen, welche bei der Firma A. Kahl in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich in ihrem eigenen Interesse bei dem Bevollmächtigten erkundigen.

Meißen. Wegen Lohnunterschieden ist der Zugang fernzuhalten. Der Vertrauensmann.

Paderborn. Die Kollegen, welche bei der Firma Wimers u. Sohn in Arbeit zu treten gedenken, wollen vorher bei C. Wagner, Paderborn, Raffeler Str. 24, Erkundigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen einziehen. Die Mitglieder Paderborns.

Schmölln S.-A. Den Tabakarbeitern aller Orte zur Kenntnis, daß hier in Schmölln die Sperre verhängt ist, dieweil auf der Fabrik Fickentwirth u. Seyfarth 3 Kollegen gemäßigelt sind. Weitere Entlassungen stehen bevor. Die Verwaltung.

Achtung, Tabakarbeiter! Die Kollegen, welche gewillt sind, bei dem Cigarensfabrikanten P. Barniol in Schönwalde (Oberfranken) in Arbeit zu treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse vorher bei Andreas Widertshaim in Pöbner (Thüringen) über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkundigen. Auch ist der Vorstand in Bremen bereit, Auskunft zu erteilen. Andreas Widertshaim.

Achtung, Weizenfels! Allediejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche willens sind, hier in Arbeit zu treten, werden ersucht, erst Erkundigungen beim Vertrauensmann C. Normanu, Naumburger Chaussee 10, einzuziehen. Der Vertrauensmann.

Zirke. Bei der Firma E. Kliche wurde ein Mitglied gemäßigelt. Zugang ist fern zu halten. J. A.: Der Bevollmächtigte von Birnbaum.

Zwidau. Die Kollegen, welche bei der Firma Tippmann in Treuen i. Vogtl. in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich in ihrem eigenen Interesse vorher bei Max Ebert in Zwidau, Annenstr. 36, erkundigen. Der Vertrauensmann.

Wie uns mitgeteilt wurde, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Firma J. Weißmann in Bierheim b. Mannheim derart schlecht, daß die Arbeit als unannehmbar bezeichnet werden muß. Wer dort in Arbeit zu treten gedenkt, hat sich vorher beim Vorstand in Bremen, Marktstr. 18, II, zu erkundigen. Mitglieder, welche dies unterlassen, erhalten keine Reiseunterstützung. Der Vorstand.

Zugang von Cortierern ist nach Ohlau und Ratibor fernzuhalten. Bevor man in Berlin Arbeit annimmt, wolle man sich mit dem dortigen Bevollmächtigten in Verbindung setzen. Bremen. Der Vorstand.

Eine Organisationspielerei unter gewerkschaftlicher Flagge wollen die Berliner Anarchisten betreiben. In ihrem Organ Neues Leben ist zu lesen: Freie Gewerkschaft aller Berufsstände und Umgegend nennt sich eine neugegründete gewerkschaftliche Organisation, deren Hauptaufgabe in der Propagierung und Förderung der Idee des Generalstreiks und der dazu notwendig bedingten sozialen Genossenschaften bestehen soll. Außerdem leistet die Freie Gewerkschaft ihren Mitgliedern in allen aus den bestehenden Arbeitsverträgen resultierenden Streitigkeiten Rechtschutz, sowie Unterstützung bei Maßregelungen, Aussperrungen und Streiks bei einem Eintrittsgeld von 30 Pfg. und einem wöchentlichen Beitrag von 25 Pfg. — Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß die Freie Gewerkschaft, die von einigen anarchistischen Wirkkräften gegründete Vereinigung mit dem gewerkschaftlichen Aushängeschild, irgendwelche Bedeutung erlangen oder gar die Gewerkschaftsbewegung beeinflussen könnte. Das neue Organisationsorgan kann allenfalls ein Sammelpunkt werden für ein Häuflein solcher Elemente, denen es in keiner Arbeiterorganisation, die ernste, praktische Arbeit leistet, wohl ist, und die deshalb für ihre Quertreibereien noch eine ganz besondere Sonderorganisation brauchen.

Ein empfindlicher Schlag ist dem englischen Gewerkschaftswesen versetzt worden. Der „Daff Bale“-Entscheid des

englischen Vordobergerichts, wonach eine Gewerkschaft nach englischem Recht für die Handlungen ihrer Mitglieder zivilrechtlich verantwortlich zu machen ist, hat nunmehr seine erste praktische Anwendung gefunden. Die Taff Vale Railway Company war gegen den Gewerkschaftsvereinigung der Eisenbahnbetriebsbediensteten auf Schadenersatz von 27000 Pfund Sterling (540000 Mk.) klagbar geworden, die ihr wegen angeblicher Verabredung der Mitglieder des Verbands zum Ausstand entfallen sein sollten, welcher im August 1900 bei der genannten Eisenbahn eintrat. Ein Londoner Gericht hat nun eine der Gesellschaft zustimmende Entscheidung gefällt, was Veranlassung geben könnte zu einem Rattenkönig von Prozessen gegen die englischen Gewerkschaften. Es wird einer merklichen Frontänderung und erheblichen Anstrengung der englischen Gewerkschaften bedürfen, wollen sie diesen Schlag abwehren.

Die Vereinigung der französischen Gewerkschaftsorganisationen. Mit dem 1. Januar d. J. ist eine seit langem angestrebte Vereinigung der beiden großen gewerkschaftlichen Organisationen, die in Frankreich nebeneinander existierten, zur Tatsache geworden. Der Kongress der Arbeitsschichten, der in Algier stattfand, und der Kongress der Gewerkschaftsverbände, von Montpellier beschlossene, daß ihre Exekutivkomitees (oberste Leitung) miteinander in Verbindung zu treten und eine Verständigung herbeizuführen hätten. In den französischen „Arbeitsschichten“ sind die Arbeiter lokal zusammengefaßt, etwa in der Weise, wie in den deutschen Gewerkschaftskartellen. Die einzelnen Berufe bilden „Syndikate“, welche sich um die Arbeiterbörse gruppieren und ihre Aufgaben durch die Entfaltung und möglichste Ausnutzung ihrer korporativen Kräfte am Orte für erledigt halten. Die Arbeitsschichten des Landes waren allerdings auch in einem Bunde der Arbeitsschichten vereinigt. Neben dieser Organisation besteht in Frankreich die „Confederation du Travail“. Diese umfaßt die Berufs- und Industrie-Verbände, die sich wie unsere deutschen Zentralverbände über das ganze Land ausbreiten suchen. Durch die oben bezeichneten Beschlüsse sind diese beiden Organisationen nun miteinander verbunden; allerdings ist dies vorläufig noch in ziemlich loser Form geschehen. Die Leitungen der beiden werden in Zukunft die Aktionen gemeinsam dirigieren. Jedes einzelne Syndikat, d. h. nach deutschem Wortgebrauch jede Ortsverwaltung oder Zahlstelle eines Nationalverbandes ist in Zukunft zugleich an die Arbeitsschichten des Ortes angeschlossen, während die lokalen Syndikate, die jetzt den Arbeitsschichten angehören, sich ihrem Nationalverband anzuschließen haben. Allerdings bleiben noch viele Gewerkschaften außerhalb dieser Verbindung und diese selbst ist noch sehr unvollkommen, aber es ist immerhin der erste Schritt zur definitiven Vereinigung, welche hoffentlich der behauerlichen Zersplitterung der französischen Arbeiterschaft ein Ende machen wird.

Berichte.

Apolda. Monatsversammlung im Vorwärts. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Abrechnung der Ortskasse; 3. Kartellbericht; 4. Wahl des Kartelldelegierten und dessen Stellvertreter; 5. Stellungnahme zur Generalversammlung; 6. Arbeitslosenstatistik; 7. Verschiedenes. Zum ersten Punkte entstand eine lange Debatte, weil keine Abrechnung statfinden konnte. Die von auswärtig steuernden Mitglieder hatten ihre Beiträge noch nicht entrichtet. Es war bei der vorigen Abrechnung ein Antrag angenommen worden, daß die Mitglieder, welche bis zur Abrechnung nicht bezahlt haben, gestrichen werden. Es mußte diesmal noch Abstand genommen werden, weil die nach Apolda steuernden Mitglieder nicht extra benachrichtigt worden sind. Beim 5. Punkt hat Apolda als Delegierten den Kollegen Hermann Baudach vorgeschlagen. Ich mache die Orte, die zu unserem Kreis gehören, darauf aufmerksam. Im Auftrage: Der Bevollmächtigte.

Dresden. Sonntag, den 18. Januar, fand hier eine Tabakarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der nächsten Generalversammlung; 2. Gewerkschaftliches. Beim 1. Punkt der Tagesordnung ging der Kollege Racuraw in längerer Ausführung auf die Forderung der obligatorischen Zuschußkasse ein. Er verwies auf andere große Verbände, die mit Einführung von Kranken- und Arbeitslosenunterstützung sehr gut abgeschnitten hätten und gerade dadurch groß und stark geworden sind. Auch wir müßten unsern Verband mehr und mehr ausbauen. Der Vortwurf, daß unsern Verband durch Einführung der Kranken- und ebeut. Arbeitslosenunterstützung der Charakter einer Kampforganisation genommen werde, sei unberechtigt. Gerade das Gegenteil sei richtig. Auf Grund einer rechnerischen Aufstellung weist Redner nach, daß die Versicherungen, der Verband könne mit einer solchen Kasse nicht bestehen, hinfallig seien. Es würde noch ein bedeutender Ueberschuß erzielt werden. Kollege Kurz bezeichnet die Abstimmung als eine Ueberrumpelung der Mitglieder und verteidigt die Beschlüsse der Mannheimer Generalversammlung gibt aber zu, daß infolgedessen ein schwerer Fehler gemacht worden sei, als den älteren Kollegen der Uebertritt in eine höhere Klasse unmöglich gemacht sei. Eine Krankenkasse ohne ärztliches Attest könne nicht bestehen. Die Ausführungen des Kollegen Vorkmann deckten sich im wesentlichen mit denen des vorhergehenden Redners. Die Kollegen Ziegler, Krafzig, Wlfig, Kuliße und noch andere treten lebhaft für das Obligatorium ein und betonen, daß der Krankenunterstützung eine Arbeitslosenunterstützung folgen müsse. Schließlich wird die interessante Veranstaltung der vorgerückten Zeit wegen geschlossen und ein Antrag angenommen, wonach in nächster Zeit eine neue Versammlung sich mit obigem Thema zu beschäftigen hat, um noch besser Klarheit zu schaffen. Die eingelaufenen Anträge zur Generalversammlung wurden ebenfalls zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Zu wünschen wäre, daß sich die Kollegen an der nächsten Versammlung besser beteiligen.

Goslar. Von den Arbeitern der Firma Piza, Goslar, geht uns folgende Ehrenerklärung zu: Wir Arbeiter der Firma P. H. Piza, erklären hiermit, bezüglich der Berichte des Tabakarbeiter Nr. 42 und 44, daß wir mit der Art und Weise, wie Herr C. Lämmer das Geschäft führt, zufrieden sind, und zu Klagen keinen Anlaß haben.

Münchehof. Am Dienstag, den 13. Januar, fand im Vereinslokal eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Besprechung über Aufstellung eines Delegierten zur Generalversammlung; 2. Tritt die Versammlung für Arbeitslosenunterstützung ein? 3. Verschiedenes. Die Versammlung beschloß einstimmig, einen Delegierten zur Generalversammlung aufzustellen und wurde der Kollege Karl Probst mit Stimmenmehrheit aufgestellt als Delegierter zur Generalversammlung; derselbe tritt für Arbeitslosenunterstützung ein. Es wurde ferner beschlossen, sämtliche Zahlstellen des 37. Kreises sofort durch Postkarte zu benachrichtigen, was sofort in der Versammlung geschah. Wir bitten deshalb sämtliche Zahlstellen des 37. Kreises, denselben ihre Stimme zu geben. Ueber Punkt Verschiedenes entspann sich eine längere Debatte, welche dahin führte, daß zwei Kollegen zur Agitation aufgefordert wurden, um die verlorengegangenen Mitglieder wieder zu gewinnen. Wir wünschen besten Erfolg.

Derlinghausen. Zum Streit bei Keschpohl u. Cronemeier. Herr Fabrikant Keschpohl hatte sich ausgelassen, daß die Firma den Differenzen mit den Arbeitern ein Ende machen wolle, auch sie wären des Streiks überdrüssig geworden, aber es lasse sich keiner von den Arbeitern sehen. Die Kommission der Streikenden begab sich darauf zu der Firma, um zu verhandeln, traf aber nur Herrn Keschpohl an, welcher sagte, die Kommission wäre schon am Montag erwartet worden. Keschpohl erklärte, alle Arbeiter wieder einstellen zu wollen, aber mit Stückzahl. Ueberhaupt könnte er, da Herr Cronemeier nicht anwesend sei, nicht verhandeln. Die Kom-

mmission sollte wieder kommen. Nachdem Herr Cronemeier wieder anwesend war, begab sich die Kommission wieder zu der Firma. Die Fabrikanten erklärten nun, alle Arbeiter wieder einstellen zu wollen, und zwar bei einer Stückzahl von 1500 pro Woche; damit würde den Arbeitern ein Verdienst von ca. 11 Mk. gesichert worden sein, und erklärten denn auch die Arbeiter sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Aber der Pferdefuß kam gleich hinterher. Zunächst sollten sich die Arbeiter verpflichten, dafür zu sorgen, daß sich drei Kollegen zum Frühjahr um andre Arbeit umsehen. Ferner erklärten die Herren, für zwei Sorten Zigarren, für die bisher 11 Mk. Arbeitslohn gezahlt wurde, in Zukunft nur noch 10 Mk. zu zahlen, für die andre Sorte, für die bisher 9.50 Mk. gezahlt wurde, solle es in Zukunft nur noch 9 Mk. pro Tausend geben. Auch sollen die Arbeiter noch das Geld fürs Abstreifen des Tabaks tragen. Ferner würde die Firma unter keinen Umständen dulden, daß die Arbeiter, wenn sie ihre Stückzahl fertig haben, noch anderweitig arbeiten, sondern der Arbeiter sollte, wenn er auch nichts mehr zu tun habe, die ganze Woche in der Fabrik zubringen. Danach dürften die Arbeiter auch noch nicht einmal ihr eigenes Land bestellen; dieses unerhörte Anjinnen ist eine pure Verhöhnung der streikenden Arbeiter. Die Firma scheint zu glauben, die Streikenden seien schon so müde geworden, daß sie sich zu den schimpflichsten Bedingungen unterwerfen werden. Da hat sie sich aber getäuscht; die Streikenden haben beschlossen, unter diesen Bedingungen die Arbeit nicht aufzunehmen, sondern weiter zu kämpfen, bis sich die Firma zu diskutablen Vorschlägen gemüßigt fühlt. Der Streik dauert also ununterbrochen fort und erjuden die Streikenden, den Zugang nach wie vor streng fern zu halten.

Tannenberg. Am Sonntag, den 11. Januar, fand in Wötters Restaurant eine stark besuchte Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1902; 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure; 3. Verschiedenes. Von dem Kassierer Guido Ullmann wurde die Abrechnung verlesen, die von den Revisoren für richtig befunden wurde, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wird. An Stelle der bisherigen Verwaltung wurde Kollege F. Kupfer als 1., B. Baher als 2. und D. Großer als 3. Bevollmächtigter, sowie die Kollegen Fr. Sadler, Guido Ullmann und May Roos als Kontrolleure neu gewählt. Beim 3. Punkt der Tagesordnung wurde Kollege Großer aufgefordert zu erklären, warum er von Johanngeorgenstadt fort mußte. Großer erwiderte Bericht, der zur Debatte gestellt wurde, in welcher die Kollegen Kupfer und Müller ihr Bedauern darüber ausdrückten, daß Großer die Sachlage den dortigen Kollegen nicht sofort mitgeteilt hat. Aber Großer meinte, er habe kein böses Blut unter den dortigen Kollegen schaffen wollen und fügt u. a. hinzu, daß er doch gegungen wurde, die Fabrik zu verlassen, und daß es bereits überall bekannt ist, daß man unbehaglich werdende Arbeiter durch allerlei Maßregeln, und wenn es sich manchmal nur um Privatangelegenheiten handelt, welche mit dem Geschäft gar keine Beziehungen haben, los zu werden sucht und auch los zu werden weiß. Hierauf sprechen noch alle anwesenden Kollegen, welche mit den Ausführungen des Großen einverstanden sind, ihr Bedauern über derartige Vorkommnisse in der dortigen Fabrik aus. Zum Schluß forderte noch Kollege Kupfer die Mitglieder auf, freizügig die Versammlungen fleißig zu besuchen und stets die Interessen des Verbands zu wahren, womit die interessante Versammlung ihr Ende erreichte.

Bernigerode. Am Sonntag, den 11. d. M., Nachmittags 4 Uhr, fand im Volksgarten eine mächtig besuchte öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung statt, in welcher Kollege M. Faure-Bremen über die Reorganisation im Deutschen Tabakarbeiterverband referierte. In klarer Rede wies er darauf hin, daß wir nur dann eine Verbesserung unrer Verhältnisse erzielen können, wenn wir alle fest und unerschütterlich zu dem Verbands halten, denn dadurch wären wir nur im stande, einen Erfolg davonzutragen. Es zeigte sich, daß es nur an der richtigen Aufklärung über die Reorganisation gelegen hatte, denn folgende Resolution wurde von den anwesenden Kollegen einstimmig angenommen: Die heute, am 11. Januar, im hiesigen Volksgarten versammelten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen erklären sich mit den Ausführungen des Kollegen Faure vollständig einverstanden. Die Bernigeroder Tabakarbeiter und Arbeiterinnen ersuchen den Vorstand in Bremen, auf diese Weise fortzufahren, um so einestheils das Niveau des Verbandes zu heben, andernteils den Mitgliedern in Zeiten von Krankheit eine Hilfe zu bieten. Demzufolge erklären sich hier sämtliche Gegner nach dem sachlich und leicht aufzufassenden Referat für die obligatorische Einführung der Zuschußkasse.

Bernigerode. Zu den Ausführungen des Kollegen Bod-Kopflau in Nr. 52 habe ich zu bemerken, daß Kollege Bod die Unwahrheit geschrieben hat. Nicht Herr Scheibing, sondern Kollege Bod selbst hat mir das Umblatt vorgezählt, obgleich er wußte, daß ich mir das nicht gefallen lassen würde. Kollege Bod hat es deshalb getan, um sich dadurch seine Stellung zu sichern und um sein mir gegebenes Wort, an den Lohnforderungen mit teilzunehmen, nicht halten zu brauchen. Darüber giebt es keine Täuschung, Kollege Bod! Du hast gepuht, daß nach mir kein anderer Kollege die Sache in die Hand nehmen würde. Die anderen Kollegen, welchen nachher Herr Scheibing ein derartiges Anerbieten machte und welchen der Herr sogar noch die Zeit bezahlen wollte, haben aufrichtiger gehandelt wie Du, die haben ein solches Verlangen dankend abgelehnt.

Karl Hanfel.
(Wir schließen nunmehr diese Polemik im Tabak-Arbeiter. Red. d. Z.-A.)

Quittung.

Vom 22. Dezember 1902 bis 17. Januar 1903 gingen der hiesigen Streikleitung folgende freiwillige Beiträge zu: Gotthe u. Wenzel Liste 68 8.20 Mk., Liste 78 5.90, Hartmann Liste 80 6.85, Kämpfert Liste 72 4.75, Gotthe u. Wenzel Liste 89 7.40, Kennan Liste 88 6.40, Winterfeld Liste 97 5.80, Gebbel Liste 85 1.00, Hartmann Liste 87 6.80, Mahler Liste 91 2.40, Kämpfert Liste 94 4.85, Wagenknecht Liste 90 4.25, Winter Liste 95 1.70, Winterfeld Liste 98 5.70, Kennan Liste 96 6.00, Mahler Liste 101 2.40, Brinkmann Liste 98 1.20, Wagenknecht Liste 102, 4.05, durch Kämpfert 4.25, F. Eckert, Bernburg (Fabrik) 10.00, Winter Liste 49 2.70 Mk.

Halberstadt, den 19. Januar 1903.
Allen Gebern besten Dank. Der Streik dauert unverändert fort. Weiteren Sendungen steht entgegen

Louis Michaelis.

Briefkasten.

M. M., Dahme. Allerdings.
F., Verden. Nächste Nummer.

Vereinsteil.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Sandburg-Platenhorst**, Mozarstr. 5, I.
Auslöcher: D. **Sandow**, Brandenburg a. H., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: A. **Hanisch**, Dresden-N., Königsbrücker Str. 41, IV.

Eingegangen: Burg 100 Mk., Rohrbach 50 Mk., Nürnberg 100 Mk., Kirchheim 130 Mk., Emmendingen 100 Mk., Calmbach 50 Mk.

Sterbekasse: Rohrbach 7 Mk., Nürnberg 25 Mk., Erfurt 42 Mk.
Zuschüsse: Erfurt 200 Mk., Halberstadt 200 Mk., Weizen 50 Mk., Schwepingen 100 Mk., Wannheim 150 Mk., Kassel 200 Mk.
Frankengeld: 191.87 Mk.

Hamburg, den 19. Januar 1903.

F. Otto.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an **W. Nieder-Welland**, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Anschluß bestimmte Zuschriften sind an **Heinrich Meißner**, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Das auf den Namen **Emmanuel Langner** aus **Waldbkresch** (Kr. Mültich) lautende Mitgliedsbuch, Ser. II, 28460, ist verloren gegangen. Im Vorzeigungsfalle wolle man das Buch konfiszieren und uns einpenden.

Das Mitglied **Heinrich Mitschke** aus **Glab** hat in **Glab** 14 Tage gearbeitet, ohne sich an- und abgemeldet zu haben. Derselbe hat laut Statut 2 Mk. Strafe zu zahlen. Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Kollege H. Mitschke aufhält, wollen für Zustellung dieser Bekanntmachung sorgen.

Das auf den Namen des Kollegen **Pilz** aus **Chemnitz**, Ser. II, 14008, lautende Buch ist verloren gegangen. Im Vorzeigungsfalle ist das Buch zu konfiszieren und einzusenden.

Bremen. Der Vorstand.

Vom 13. bis 19. Januar 1903 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
Nr.	Summe
11. Jan. Klein-Krosenburg	25.—
12. Eulingen	40.—
12. Verden	400.—
12. Bielefeld	80.—
12. Wippenhausen	100.—
12. Franckenberg i. S.	375.—
12. Züllichau	40.—
12. Jobben (M. Klein, Beiträge)	2,60
12. Offenburg	60.—
12. Jümenau	15.—
13. Guben	40.—
13. Elten	2.—
13. Hefferode	70.—
13. Darmbed	250.—
13. Zeitz	100.—
13. Neudamm	35.—
13. Tannenberg	107,60
12. Offenburg, P. Haber	10,22
13. Tannenberg, G. Ullmann	2,40

B. Freiwillige Beiträge: 15. Videnbach, G. Ahmus —,60
17. Ronneburg, E. Künzel —,60

C. Für Annoncen: 15. Videnbach, G. Ahmus —,60
17. Ronneburg, E. Künzel —,60

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiemit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Erwäge die Herren Absender, auf dem Kupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen, den 19. Januar 1903. **W. Nieder-Welland**, Kassierer.

Anträge zur Generalversammlung.

Zahlstelle Pfungstadt: Der Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist abzulehnen.

Zahlstelle Pfungstadt: Die Zuschußkasse ist nicht obligatorisch einzuführen, da der größte Teil der Mitglieder gegen Krankheit hinreichend versichert ist.

Ronneburg: 1. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. 2. Die Generalversammlung möge die in Frage kommende obligatorische Einführung der Zuschußkasse mit aller Energie zu befähigen suchen.

3. Einführung des Umzugsgeldes nach zweijähriger Mitgliedschaft. 4. Dem § 2, Abs. 1, ist hinzuzufügen: Mitglieder, welche ein Jahr dem Verband angehören, können bei ihrem Ableben eine Unterstützung nach einjähriger Mitgliedschaft von 10 Mk., für jedes weitere Jahr der ununterbrochenen Mitgliedschaft um 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 30 Mk. erhalten.

Schwedt a. O.: 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist im Verband obligatorisch einzuführen. 2. Die Karenzzeit in der Zuschußkasse ist auf 26 Wochen herabzusetzen.

Die Mitglieder von **Scharnbeck** beantragen: 1. Die Reiseunterstützung im Winterhalbjahr von 2 auf 3 Pfg. pro Kilometer zu erhöhen, und den festgesetzten Höchstbetrag von 1,50 Mk. pro Tag bestehen zu lassen. 2. Daß jedes Mitglied, welches 3 Jahre ununterbrochen dem Verbande angehört, Umzugsunterstützung gewährt werden soll. Mit jemaliger Karenzzeit von 3 Jahren. 3. Daß vom Vorstand ein Buch angefertigt wird, in dem die Lohn- und sonstigen Verhältnisse der Städte angegeben sind, wo Tabakindustrie existiert.

Begründung. Dadurch würde den reisenden Mitgliedern ein Anhaltspunkt gegeben, wo der Minimallohn bezahlt wird. Und um gleichzeitig einen allgemeinen Druck auf die nicht den Minimallohn bezahlenden Fabrikanten auszuüben, um selbige dadurch zu zwingen, um Arbeitskräfte zu bekommen, höhere Löhne zu zahlen. Dieses Buch soll dann den Mitgliedern zum Herstellungspreise verkauft werden.

Delegiertenvahl zur Generalversammlung betreffend.

In **Görlitz:** Für den 4. Wahlkreis Osw. Seibt.
In **Peterswaldau:** Für den 6. Wahlkreis Albert Kunze.
In **Oppeln:** Für den 7. Wahlkreis Emanuel Urbasil.
In **Hainichen:** Für den 9. Wahlkreis Max Berger.
In **Fürstentum:** Für den 19. Wahlkreis Aug. Grümberg.
In **Brandenburg a. H.:** Für den 21. Wahlkreis Otto Sidow.
In **Schwedt a. O.:** Für den 22. Wahlkreis Robert Schmidt.
In **Weslau:** Für den 23. Wahlkreis Karl Ringner.
In **Rahla:** Für den 27. Wahlkreis Christian Koch.
In **Clausthal:** Für den 33. Wahlkreis Hermann Stolz.
In **Hannover:** Für den 38. Wahlkreis H. Rischmüller.
In **Hehne:** Für den 44. Wahlkreis Wilhelm Koppenhöfer.
In **Scharnbeck:** Für den 47. Wahlkreis Gerhard Ebben.
In **Berford:** Für den 51. Wahlkreis Heinr. Klingenhagen.
In **Lippstadt:** Für den 52. Wahlkreis Heinrich Kraus.
In **Böln:** Für den 53. Wahlkreis L. Klein.
In **Düsseldorf:** Für den 58. Wahlkreis Julius Fischer.
In **Pfungstadt:** Für den 54. Wahlkreis Georg Raab.
In **Speyer:** Für den 56. Wahlkreis Adolf Anne.
In **Stuttgart:** Für den Wahlkreis Jos. Wildemann.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Ronneburg:** Heinr. Krause als Vertrauensmann; Otto Raumann, Gust. Neumann, Oskar Weith als Kontrollenre.
Für **Weissen:** Ernst Schuster als 1. Bev.; R. Muge als 2. Bev.; Gust. Meißner, A. Köppler als Kontrolleure.
Für **Waltersdorf b. Erkner:** Albert Kelling als 3. Bev.

Für Eberswalde: L. Kempfert als 2. Bev.; D. Schmidt als 3. Bev.
Für Lauban: Bernhard Großhans als 1. Bev.; Ida Ohlig, Johann Krüning, Karl Glöwich als Kontrolleure.
Für Tannenberg: Florentin Kupfer als 1. Bev.; Bruno Berger als 2. Bev.; Oskar Groffier als 3. Bev.; Franz Sadler, Guido Ullmann, Max Voos als Kontrolleure.
Für Jhehoe: Wihl. Koppenhöfer als 1. Bev.; Karl Binber als 2. Bev.; Friedr. Blöse als 3. Bev.; Wihl. Goldknecht, Franz Bierthaler, Fanni Burmeister als Kontrolleure.
Für Gr.-Rhiden: Wihl. Wolf II. als 1. Bev.; Karl Klages als 2. Bev.; Wihl. Stüchardt als 3. Bev.
Für Goslar: Karl Deventer, Karl Hartmann als Kontrolleure.
Für Breslau: Wihl. Wodczica als 1. Bev.; Otto Primke als 2. Bev.; Jos. Jäschke als 3. Bev.; E. Djaloszynski, Odon, S. Grägle als Kontrolleure.

Provisorisch aufgenommen sind:

Abolf Müller aus Herzberg a. Harz, Julius Johnsen aus Norwegen (Bergen) (s. R.). (163)
 Heinrich Barmeyer, Wilhelm Gehring, Wilhelm Menthoff, Wilhelm Mohrmann, Aug. Münster, Wilhelm Indiesteln, August Wessel und Fritz Gehring. (471)
 Christian Mühlhausen aus Ernschwert. (368)
 Klara Jung aus Langenbielau. (206)
 Ludwig Krämer aus Bienenbach. (422)
 Anton Möller, Karl Möller aus Schwanheim, Joseph Seibert aus Mainflingen, Johann Ab. Müller aus Memmingen, Paul Bollin aus Sökenheim, Christof Kraft aus Heiligenstadt, Philipp Bay aus Wörrstadt, Karl Vann aus Froschhausen. (106)
 Oskar Böttcher aus Leipzig-Wolkmarsdorf, Luise Walthers aus Delitzsch. (74)
 Alma Edelmann aus Wilmsdorf, Meta Tränker aus Rabenau. (414)
 Karl Hoppe aus Bernburg (s. R.). (85)
 Hermann Müdiger aus Halle. (162)
 Margarete Bauer aus ?, Anna Popp aus Ansbach (s. R.). (7)
 Emma Hoog, Bertha Hoog aus Jhehoe. (439)
 Herm. Brüning aus Magdeburg (s. R.), Ernst Reil, Frau Jordan, Frau Könnike aus Wasserode, Frau Marie Ulrich aus Heubeder, Frau Anna Oßka, Frau Franke aus Wernigerode. (365)
 Adolf Weisner aus Kummersdorf. (307)
 Karl Preußke aus Gr.-Rhiden. (114)
 Karoline Grill geb. Knastadt aus Dannhausen, Fritz Brand (s. R.), Albert Sievers aus Seejen. (310)
 Minna Köhler aus Raschhausen. (244)
 R. Schmidt aus Nitenich (s. R.). (334)
 Karl Strauch aus Laubach (s. R.), Herm. Wirth aus Berlin (s. R.). (287)
 Rich. Richter aus Oberhau, Gustav Emil Ulbricht, Rich. Oskar Schubert aus Marienberg. (54)
 Wihl. Wulfert aus Herstelle. (55)
 Juliane Wachtel, Elisabeth Lachmann aus Hupfädt, Frau Jans aus Mühlhausen (s. R.). (214)
 Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.
Bremen.

Der Vorstand.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In Breslau: Durch W. Wodczica, Hubenstr. 14. III. An Wochentagen von 12—1 Uhr Mittags und 7—8 Uhr Abends. An Sonn- und Festtagen von 12—2 Uhr Mittags.
In Gr.-Rhiden: Durch Wihl. Wolff II.
In Jhehoe: Durch W. Koppenhöfer, Kaiserstr. 29, III.
In Kosch: Wolterter Straße 20. Von 12—1 Uhr Mittags und 7—8 Uhr Abends.
In Tannenberg: Durch Hl. Kupfer.
In Weichenfels: Bei Herrn Koch, Schützenstr. 46, part. An Wochentagen von 8—11 Uhr Vormittags und 5—7 Uhr Nachmittags. An Sonn- und Festtagen von 8—11 Uhr Vormittags.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)
In Bremerhaven: Sonntag, den 25. Jan., Nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Die nächste Genera!versammlung. 2. Verschiedenes. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Eilenburg: Sonntag abend, 7 1/2 Uhr, im Lokale des Zwoli (kleiner Saal). Tagesordnung: 1. Die Reorganisation des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Referent: A. Faure-Bremen. 2. Diskussion. — Kolleginnen und Kollegen! Beigt durch zahlreiches Erscheinen, daß ihr ein Interesse habt an der Weiterentwicklung unseres Verbandes. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Griesheim: Sonntag, den 25. Januar. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorlag zu bringenden Bevollmächtigten. 3. Vorschläge zur Generalversammlung. — Die Mitglieder, auch die auswärtigen, sind verpflichtet zu erscheinen. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Kirchlegern: Sonntag, den 25. Januar, am Mittags 4 Uhr, bei G. Khabe. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Minden: Sonntag, den 25. Januar, Vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wolfenbur, Ritterstraße 18. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung in Dresden. 3. Bericht der Delegierten vom Gewerkschaftskartell. 4. Bericht der Vorortskommission. 5. Vespredung des Tabakarbeiter-tänzchens. 6. Verschiedenes. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Rehme: Sonntag, den 25. Januar, Nachmittags 3 Uhr, bei Wtw. Kade. Tagesordnung: 1. Erhebung der Beiträge. 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. Wahl der in Vorlag zu bringenden Bevollmächtigten. 4. Stellungnahme zur Generalversammlung. — Sämtliche Mitgliedsbücher sind mitzubringen. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Farnbrck: Montag, den 26. Jan., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Balke, Hamburger Straße 170. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Kartellbericht. 3. Regelung der Beiträge zu lokalen Zwecken. 4. Wie agieren wir am besten für unsern Verband. 5. Stellungnahme zur Generalversammlung, event. Anträge. 6. Wahl eines Kontrolleurs. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Frankfurt a. M.: Montag, den 26. Januar, im Goldenen Adler in Höchst a. M. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Leisnig: Montag, den 26. Januar, Abends 1/2 9 Uhr, bei S. Schulze. — Zahlreiches Erscheinen erwartet. **F. A.: Der Vertrauensmann.**

In Schmölln: Montag, den 26. Januar, im Restaurant zur grünen Aue, bei Käppel. — Bezüglich Aufstellung eines Delegierten aus hiesiger Zahlstelle zur Generalversammlung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Wernigerode: Montag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, im Volksgarten. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Abrechnung der Lokalfasse. 3. Jahresbericht der Verwaltung und Neuwahl der in Vorlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 4. Verschiedenes. — Wegen wichtiger Punkte ist vollständiges Erscheinen notwendig. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Neufreistett: Sonnabend, den 31. Jan., Abends 8 Uhr, im Waldhorn. Tagesordnung im Vereinslokal. — Nichtmitglieder sind hiezu herzlich eingeladen. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Zerbst: Sonnabend, den 31. Januar, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Fürst Blücher“. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Die auswärtigen Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge einzufenden. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Geldern: Sonntag, den 1. Februar, Vormittags 11 Uhr, bei Jenhain, Kleiner Markt. Tagesordnung: 1. Quartalabrechnung. 2. Wahl der in Vorlag zu bringenden Bevollmächtigten. 3. Vorschlag eines Delegierten zur Generalversammlung. 4. Anträge zu derselben. 5. Verschiedenes. — Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Ottendorf: Sonntag, den 1. Februar, im Gasthaus zur Wacht am Rhein. — Die Beiträge sind bis zum 24. Januar zu begleichen. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Deuben: Montag den 2. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Kumahs Restaurant. Tagesordnung: 1. Quartalabrechnung. 2. Neuwahl der in Vorlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich erscheinen zu wollen. Die Beiträge müssen bis zur Versammlung beglichen sein. **F. A.: Der Vertrauensmann.**
In Erleben: Sonntag, den 1. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zur Eisenbahn. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Clausthal: Sonnabend, den 6. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof zur Stadt Braunschweig. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1902. 2. Wahl der in Vorlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Wahl des Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes. — Kollegen und Kolleginnen, welche gewonnen sind, dem Verband beizutreten, werden freundlich eingeladen. Es ist Pflicht der hiesigen Tabakarbeiter, die Zahlstelle wieder hoch zu bringen. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Werther i. W.: Sonnabend, den 7. Februar, Abends 9 Uhr, im Lokale des Gastwirts Brünig. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Burgdamm: Sonntag, den 8. Februar, Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Neuhaus. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Anträge zur Generalversammlung. Referent: Karl Deichmann-Bremen. 3. Delegiertenwahl. 4. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**

Albert Steen Rohtabak Bremen

Empfehle meine gesunden, tadellos brennenden **Roh-Tabake für Cigarrenfabrikation** in allen Sorten zu äußerst billigen Preisen.

Sumatra Decker, 1., 2. und 3. Länge, Vollblatt, hell, mittel u. dunkel von 130—400 g. **Sumatra Umblatt** von 105—115 g. **Felix Brasil** von 87 1/2—95 g. **Felix Brasil Decker**, hochfein von 160 g an. **Java Einlage**, feine Qualitäten, von 80 g an. **Java Umblatt**, feine Qualitäten, von 95 g an. **Vorstenlanden Decker** von 150—250 g. **Domingo**, prima großblattige Ware 80, 90 u. 100 g. **Carmen**, prima großblattige Ware von 85—120 g. **Seedleaf** von 85—120 g.

Ferner empfehle ich mein vorzügliches, aus rein überseeischen Tabaken bestehendes, sehr blattiges **Loggut**, Umblatt und Einlage, zu 75 g, in Bahnkollis von 30 Pfd. an 72 Pfd. **Preise** verstehen sich **verzollt und per Pfund**. Versand nur **gegen Nachnahme**.

J. H. Koopmann Bremen.

Grösste Auswahl. Billigste Preise.

Sumatra Decker, per Pfd. 150, 160, 180, 200, 220, 230, 240, 250, 280, 300, 325, 350, 400 g. **Sumatra Umblatt** 100, 110, 120 g. **Java Decker**, per Pfd. 120, 130, 140, 160, 180 g. **Java Umblatt** 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110 g. **Java Einlage** 70, 75, 80, 85 g. **Borstenland Decker**, per Pfd. 140 g. **Savanna Decker**, per Pfd. 400, 500, 600 g. **Savanna Umblatt** u. **Einlage** 125, 150, 180, 250, 300 g. **Mexiko Decker**, per Pfd. 200, 225, 250, 300 g. **Brazil Decker**, per Pfd. 160, 180, 200 g. **Brazil Umblatt** u. **Einlage** 85, 90, 95, 100, 105, 110, 120, 125 g. **Seedleaf Decker**, helle reine Farben, weißer Brand, per Pfd. 100, 110 g. **Seedleaf Umblatt**, per Pfd. 80, 85, 90, 100, 110 g. **Domingo Umblatt**, per Pfd. 75, 80, 85, 90, 100, 110 g. **Carmen Umblatt**, per Pfd. 75, 80, 85, 90, 100, 105, 110 g. **Loft Blätter**, rein überseeisch, meist Umblatt, 75 g per Pfd. Ferner empfehle alle Sorten **Schneidetabake**. **Widelformen**, gerade Faço 3, 80 g per Stück.

Preise verzollt. Preise verzollt. Versand unter Nachnahme.

Rohtabak. Roh-Tabak!

Alle Sorten in- und ausländischen Tabak verendet billigst **Hermann Helmbold Mühlhausen i. Th.**

Gemischtes überseeisches Loggut (Melange)

sehr blattig und gesund, wird laufend geliefert zu 27 Pfd. pro Pfd. Probepullen, 280 Pfd. werden gefanbt. Briefe unter **D. 48** an **Wihl. Scheller, Bremen.**

Eine Tabak-Rippenwalzmaschine aus einer Konfurmaste baldigst zu verkaufen. **Rechtsanwalt Gessing Oberhau i. S.**

Ein isolierter, junger **Zigarrensortierer** sucht umgehend dauernde und lohnende Beschäftigung. Offerten sind zu richten an **Emil Gastmann, Seiffenröderstr. 14.**

Zwei Rollenmacher und ein Spinner suchen Stellung nach außerhalb. Westf. Offerten wolle man senden an **G. Blädel, Nordhaujen, Blaskirchplatz 6.**

Ein tüchtiger **Zigarrenmacher** und **Wickelmacherin**, auf alle Sorten Hand- und Formarbeit eingearbeitet, suchen dauernde Arbeit. Auskunft erteilt **G. Ebben**, 2. Bevollm., **Scharbeck bei Bremen, Heiligenbergstraße 241.**

2 Zigarrenmacher (Verbandsmitglieder) suchen Stellung zu Anfang Februar. Gefällige Offerten wolle man senden an **Heinrich Lieberrodt**, 2. Bev., **Duisburg, Bocksbart Nr. 13.**

Geübter Sortierer organisierter bevorzugt, der auch Zigarren machen kann, sofort gesucht; bei guter Leistung dauernde Arbeit. Zu erfragen **Mühlhausen i. Th., Zidenstraße 15.**

Ein junger **Sortierer**, der auch Zigarren machen kann, sucht dauernde Arbeit zum 21. Februar 1903. Offerten an **W. Stiller, Kottbus, Rathausgasse Nr. 5.**

Unsern streifenden Kollegen und Genossen **Karl Hameler** zu seinem am Montag, den 26. Januar, stattfindenden 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Die streifenden Kollegen der Firma Respohl u. Gronemeier. Unsern Kollegen **Franz Fischer** aus Rehmegeu (Holland), s. Z. in Osna-brück, die herzlichsten Glückwünsche zu seinem am 28. Januar stattfindenden Geburtstag.

Die organisierten Kollegen in Carlshafen **H. B. D. N. C.**

Meinem lieben Mann **Joh. Bauer** zu seinem am 28. d. M. stattfindenden 50. jährigen Wiedergeburt die besten Glückwünsche. **Luise Bauer** in Würzburg.

Meinem Freund u. Kollegen **Martin Grimm** zu seinem am 29. Januar stattfindenden Geburtstag ein donn. Hoch. Dein Freund und Kollege **Hermann Schnelle, Zwintschöna.**

Verzollt.

Berichte von 9 Pfd. an fracht- und portofrei: **Sumatra** 1.—, 1.10, 1.20 bis 5.— **per Pfd.** **Savanna** 1.30, 1.80, 2.— bis 7.— **per Pfd.** **Mexiko** 0.90, 1.20, 1.50 bis 4.— **per Pfd.** **St. Felix Brasil** 0.90, 1.—, 1.10 bis 2.40 **per Pfd.** **Domingo** 0.70, 0.80, 0.90 bis 1.30 **per Pfd.** sowie u. a. offeriere alle sonstigen gangbaren Sorten Tabake zu den bekannt billigsten Preisen.

Ad. Hirsch Altona bei Hamburg.

Ihrem Freund und Kollegen **R. Jädel** aus Züllichau senden zu seinem am 22. d. M. stattfindenden Namenstag die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. **Alle Kollegen in Grünberg (Schlesien).**

Unsern Freund und Kollegen **Gustav Engelmann** aus Breslau zu seinem am 23. Januar stattfindenden 65. Wiedergeburt ein fröhliches Hoch.

Seine Kollegen der Zigarrenfabrik Emil Alsch Birte a. W.

Ludwig Schrader, um Deine Adresse bittet Dein Bruder **Willi**, Hamb. Zigarren-Fabrik, **Wernigerode**. Die Bevollmächtigten werden gebeten, Betreffenden darauf aufmerksam zu machen.

Conrad Niekiel, um Deine Adresse bittet **E. Kranefass, Sonnenborn (Lippe).**

Rohtabak-Import!!

Grosse Auswahl. Billigste Preise.

Havana und Cuba . . . **1.50—6.50**
 Java und Sumatra . . . **0.85—5.00**
 Mexiko und St. Felix Brasil **0.90—3.00**
 Domingo und Seedleaf . . **0.90—1.30**
 Carmen und Paraguay . . **0.90—1.20**
 Geschn. Brasil **1.00**, Java u. Brasil **0.80**
 Havanagrass **0.90**, geschn. Ta ak **0.60**
 Gestreifte Einlage **1.25**, Loggut **0.85**
 Kentucky **1.00**, lose Sumatrablätter **1.00**

Speziell empfehlen

98 Pack St. Felix. Cruz das Almas.

Marke „Alma“.

Hengfloss & Maak

Inh.: W. Maak & A. Diedrich.

Verkaufsstellen:

Hamburg, Schweinemarkt 27
Ottensen, Bismarckstr. 28
Eigenes Transitzlager do. 32.

Fernspr.: Amt Altona 1463.

E. Brinkmeier Bremen.

Sumatra

Deli II, hochfeine zarte Vollblattlänge, ganz hell Pfd 365 g
 Deli I, zarte Vollblattlänge, hell Pfd 250 g
 Deli II, edle breite Vollblattlänge, hell Pfd 230 g
 Deli I, edle breite Vollblattlänge, mittelbraun Pfd 200 g
 Deli II, Vollblattl., mittelbr. Pfd 150 g

Vorstenlanden

1. Länge, Vollblatt, Ia. Decker Pfd 140 g

Java

Ia. Bezockl, Einlage m. Umblatt Pfd 85 g
 Ia. Bezockl, reines Umblatt Pfd 110 g

Felix-Brasil

Große gedeckte, sehr blatt. Einl. Pfd 90 g
 Aufarbeiter, Decker m. Umblatt Pfd 115 g

Seedleaf

Hochfeines Umblatt Pfd 105 g

Domingo

Hochfeines Mokka-Gewächs, ff. Pfd 100 g

Carmen

Hochfeines Umblatt a 90 u. 100 g

Loggut

Kerngesund, Aufarbeiter Pfd 80 g

Sämtliche Tabake sind garantiert prima, prima in Brand und Qualität. Jeder Versuch führt positiv zur Nachbestellung. Postkollis gegen Nachnahme.

E. Brinkmeier, Bremen.

Richard Beermann Bremen, Nordstrasse 2.

Sumatra-Decke, Vollblatt, 2. Länge, per Pfd. 1.50—2.50 **St. Felix-Decke**, vorteilhaft deckend, tadellos in Brand u. Farbe 1.30, 1.50, 1.80 **St. Felix Brasil-Einlage** 80—95 g, **Java-Umblatt** 95 g, **Domingo-Umblatt** 90—95 g, **Carmen-Umblatt** 80—85 g, **Seedleaf-Umblatt** 95 g

Preise per Pfd. verzollt. **Versand gegen Nachnahme.**

C. Strohmang, Bremen

Rohtabak en gros u. en detail.

Sumatra Decker Deli, Mittel- und helle Farben à Pfd. 150, 160, 180, 200, 250, 300 g. **Sumatra Umblatt** 110, 120 g. **Java Decker** 130, 150 g. **Java Umblatt** 90, 100 g. **Felix Brasil Decker** Pfd. 180, 200 g. **Brazil Umblatt** u. **Einlage** 100, 120 g. **Domingo Umblatt** ff. 90, 100, 110 g. **Carmen Umblatt**, schönes Blatt, 80, 85 g. **Loftblatt**, gesund, vollblattig, 70—80 g. Nur rein amerikanische Tabake, garantiert weiß brennend, verzollt unter Nachnahme.

Lebensstellung:

Als **Wickelmacher** gesucht **guter Zigarrenmacher** für größere Fabrik in Dänemark, unweit der Holtsteiner Grenze. Anfangsgehalt nicht unter 25 Mark pro Woche. Offerten mit Lebenslauf und Referenzen zu richten an die **Maschinenfabrik für Tabakindustrie, G. m. b. H., Frankfurt a. M.**

Pfälzer Rohtabak!

billig, flottbrennend u. ff. in Qual. **Versteuert.**

Ia. Umblatt **68-74**
Ia. Umblatt m. Elnl. **65-70**
Sumatra-Deck **1.40-3.35**
Ia. woll. Zig.-Rippeneinl. à 6 1/2 g
 9 Pfd.-Proben unter Nachnahme.

Otto Steiner

Helmsheim b. Bruchsal (Baden).

Suche per sofort einen jungen, ausländigen, auf Spitzfassen eingearbeiteten **Zigarrenmacher**. Lohn bei entrippter Einlage und gutem Material 8 Mk., Kost und Logis 8 Mk.

Karl Mackerock
 Kohleben an der Aufrust.

Codes-Anzeigen.

Am 15. Januar starb nach kurzem, aber hartem Krankenlager unser langjähriges Mitglied und Revisor **Georg Tamfeld** aus Reichenbach im Alter von 29 Jahren. Er war ein überzeugtes Mitglied der gewerkschaftlichen wie der politischen Organisation.

Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder der Zahlstelle Peterswaldau.

Am 16. Januar starb nach kurzem Leiden **Johann Meulen** aus Holland im Krankenhaus zu Bünde im 46. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Kirchlegern.**

Am Montag, 19. Januar, starb unser langjähriges Mitglied, der Zigarrenarbeiter **Oskar Brüggem.**

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Neumünster i. S.**

P r i e t t a f e n.

Vereins-Zulrate müssen gekempelt sein. — Andre Zulrate sind vorher zu bezahlen. Bei Einreichung der Beiträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.

S. S., Dahme. Sie haben recht. — **A. M., Kahlleben** 70 g. — **Koll. Carlshafen** 70 g. — **S. B., Würzburg** 40 g. — **M. G., Birte** 70 g. — **S. G., Wernigerode** 50 g. — **S. G., Grünberg** 50 g.